

Beschlossen am 8. Juni 2024

„Mit den Grundsätzen des christlichen Glaubens in keiner Weise vereinbar“ - Kreissynode bekennt sich zur Demokratie und bezieht Position gegen die AfD

1. 75 Jahre Grundgesetz

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ (Artikel 1 GG) Die KREISSYNODE DORTMUND erinnert aus Anlass des 75. Jubiläums in diesen Tagen dankbar an das Grundgesetz vom 23.5.1949, das die Würde aller Menschen und auch die Religions- und Gewissensfreiheit garantiert.

Die Kreissynode hat bereits 2017 beschlossen: „Die Demokratie ist für Christinnen und Christen wertvoll. Wir wollen sie bewahren und verteidigen.“

2. Zur Lage

Aber die Demokratie ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit mehr. Wir müssen aktiv für sie eintreten. Im Land hat sich eine politische Kraft etabliert, die von einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung unterstützt wird, obwohl sie sich gegen die Demokratie nach dem Grundgesetz stellt. Die AfD orientiert sich am völkisch-nationalistischen Denken, sieht Zuwanderung als Bedrohung der deutschen „Kultur“, polemisiert gegen das befreiende Anliegen der Geschlechtergerechtigkeit, leugnet den menschengemachten Klimawandel und lehnt nicht zuletzt das Friedenswerk der Europäischen Einigung ab.

*Auf diese Gefahren hat die Kreissynode bereits 2017 hingewiesen und erklärt:
„Rechtspopulismus ist für Christinnen und Christen keine Option.“*

Seitdem hat sich die AfD weiter radikalisiert und die Grenzen zum Rechtsextremismus überschritten. Nennenswerte Teile der Partei werden vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft, die Bundespartei gilt als Verdachtsfall. Mit dem Geheimtreffen von Potsdam im November 2023 sind die Verbindungen zu rechtsextremen Netzwerken offenbar geworden. Das völkische Konzept der „Remigration“ steht in klarem Widerspruch zu Demokratie und Rechtsstaat. Der Dortmunder AfD-Abgeordnete forderte im Bundestag sogar „millionenfache Remigration“.

Die Kreissynode äußert ihre große Sorge über diese Entwicklung und schließt sich der Einschätzung der EKD-Synode an: „Die menschenverachtenden Haltungen und Äußerungen insbesondere der rechtsextremen Kräfte innerhalb der AfD sind mit den Grundsätzen des christlichen Glaubens in keiner Weise vereinbar.“ (Nov. 2023)

Wir bekräftigen unser Votum von 2017: „Der christliche Glaube verpflichtet uns, für die unveräußerliche Würde eines jeden Menschen und für ein friedliches Miteinander einzutreten. Aus demselben Grund können wir heute nicht tatenlos zuschauen, wenn auf andere Weise die Grundwerte eines demokratischen Miteinanders infrage gestellt werden.“

3. Folgerungen

Darum dankt die Kreissynode den Bürger*innen, die auch im Kirchenkreis – Gebiet zu Zehntausenden auf die Straße gegangen sind, um sich für Demokratie und Menschenwürde einzusetzen.

Die Kreissynode dankt insbesondere dem Arbeitskreis Christ*innen gegen Rechtsextremismus für seine jahrelange Arbeit unter dem Motto „Unser Kreuz hat keine Haken“.

- Die Kreissynode spricht sich dafür aus, dass sich der Kirchenkreis weiter in demokratischen Bündnissen in den Städten des Verbandsgebietes gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagiert.
- Die Kreissynode bittet die Gemeinden und Dienste, in ihrem Bereich aktiv für Demokratie und Menschenwürde einzutreten, bspw. mit Mahnwachen, thematischen Gottesdiensten und Veranstaltungen oder auch mit dem Informationsmaterial, dass der Arbeitskreis Christ*innen gegen Rechtsextremismus zur Verfügung stellt.
- Die Kreissynode unterstützt die Kampagne „Zusammen für Demokratie“ von EKD, Dt. Bischofskonferenz, Wohlfahrtsverbänden, DGB, Dt. Olympischem Sportbund, Dt. Kulturrat u.v.a. mit dem gemeinsamen Bekenntnis: „Gemeinsam verteidigen wir unsere Demokratie und alle, die hier leben, gegen die Angriffe der extremen Rechten.“
- Die Kreissynode bittet die evangelischen Christ*innen, sich in ihrem Umfeld aktiv für Demokratie einzusetzen, Stammtischparolen entgegenzutreten und vor allem ihr Wahlrecht auszuüben.
- Im Blick auf die anstehenden Wahlen bitten wir alle Christ*innen und die Wahlberechtigten, nur demokratische Parteien zu wählen. Wir haben die Wahl!

(Vorlage des Kreissynodalvorstandes und des Ausschusses Gesellschaftliche Verantwortung auf Vorarbeit des Arbeitskreises Christ*innen gegen Rechtsextremismus.)